

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16139

"Allen Kindern in Bayern ein gutes Aufwachsen ermöglichen - Einführung einer Kindergrundsicherung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/16139 vom 28.03.2017
2. Beschluss des Plenums 17/16258 vom 29.03.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 100 vom 29.03.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Ruth Müller, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Allen Kindern in Bayern ein gutes Aufwachsen ermöglichen – Einführung einer Kindergrundsicherung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Weiterentwicklung des Kindergeldes zu einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene zu unterstützen. Angelehnt an den Konzeptvorschlag des „Bündnisses Kindergrundsicherung“ soll diese Leistung allen Kindern und Jugendlichen gleiche Zugangschancen zu Bildung, Gesundheit und Freizeit ermöglichen und Kinder effektiv vor Armut schützen.

Begründung:

Dem Bericht „Soziale Lage in Bayern 2014“ zufolge bilden ein- und zweijährige Kinder die Bevölkerungsgruppe mit der höchsten Hilfebedürftigkeit in Bayern. Auch der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die in einer SGB II-Bedarfsgemeinschaft leben, ist gegenüber den Vorjahren auf rund 17 bzw. 16 Prozent angestiegen. Insgesamt sind im Freistaat derzeit rund 140.000 Kinder von Armut betroffen. Dies hat für die Kinder und Jugendlichen nicht nur materielle Folgen, sondern führt auch zu Nachteilen beim Zugang zu Bildungs-, Betreuungs- und Freizeitangeboten ebenso wie bei der gesundheitlichen Entwicklung.

Die auf Bundes- und Landesebene existierenden familienfördernden Leistungen haben bislang nicht effizient genug zu einer Verringerung der Kinderarmut und Chancenungleichheit beigetragen, teils fördern sie sogar einkommensstarke Familien überproportional. Damit alle Kinder gleichermaßen von staatlichen Leistungen profitieren, wird bereits seit langem über die Einführung einer Kindergrundsicherung – und damit einer staatlichen Leistung nur für Kinder – diskutiert. Mit dieser werden Benachteiligungen, die auf einen Mangel an Einkommen und Ressourcen der Eltern zurückzuführen sind, effektiv ausgeglichen – sei es beim gleichberechtigten Zugang zu Bildung, zu Freizeitaktivitäten oder zur gesundheitlichen Vor- und Versorgung von Kindern und Jugendlichen.

Das „Bündnis Kindergrundsicherung“, in dem sich eine Vielzahl von Wohlfahrts- und Familienverbänden und Vertretern der Sozialwissenschaften zusammengeschlossen haben, hat einen Vorschlag zur Umsetzung einer Kindergrundsicherung vorgelegt, der als Grundlage für die Weiterentwicklung des bestehenden Kindergeldes dienen soll: Zum einen soll das materielle Existenzminimum, wie es vom Bundesverfassungsgericht bei derzeit 393 Euro monatlich festgestellt wurde, abgesichert werden. Zum anderen wird durch einen Zuschuss von rund 180 Euro auch der Zugang zu Bildung, Betreuung und sozialer Teilhabe gewährleistet. Die Gesamtsumme liegt somit bei rund 573 Euro monatlich pro Kind, die als reine Kinderleistung angelegt ist. Sie wird nicht auf weitere Leistungen angerechnet, unterliegt aber der Besteuerung nach dem Einkommensteuersatz der Eltern.

Mit der Einführung einer Kindergrundsicherung haben alle Kinder dieselbe materielle Absicherung, gleiche Startchancen und gleiche Möglichkeiten, an Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitangeboten teilzuhaben. Zudem lässt sich so Kinderarmut effektiv reduzieren: Einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung zufolge würde die Kinderarmutsquote in Deutschland mit Einführung dieser Familienleistung auf etwa 3 Prozent sinken. Entsprechend soll die Staatsregierung auf Bundesebene an der zügigen Einführung einer solchen Kindergrundleistung mitwirken.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Angelika Weikert, Ruth Müller, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild und Fraktion (SPD)

Drs. 17/16139

**Allen Kindern in Bayern ein gutes Aufwachsen ermöglichen –
Einführung einer Kindergrundsicherung**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Doris Rauscher

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Eva Gottstein

Abg. Claudia Stamm

Abg. Kerstin Celina

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Staatsministerin Emilia Müller

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Da die Wartezeit für die namentliche Abstimmung noch nicht erfüllt ist, rufe ich den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion (SPD)

Allen Kindern in Bayern ein gutes Aufwachsen ermöglichen - Einführung einer Kindergrundsicherung (Drs. 17/16139)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern findet in Düsseldorf der 16. Deutsche Kinder- und Jugendhilfetag statt. Unter anderem befasst man sich dort mit dem sehr wichtigen Thema der Auswirkungen von Armut auf die Lebensverläufe von Kindern und Jugendlichen. In Bayern sind 140.000 Kinder und Jugendliche von Armut betroffen; so steht es im letzten Sozialbericht der Staatsregierung. 140.000 Kinder in Bayern sind arm. Ein- und zweijährige Kinder sind laut Sozialbericht in unserem Land die Gruppe mit der höchsten Hilfsbedürftigkeit. Ganz besonders betroffen sind Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit sehr vielen Geschwistern und Kinder, deren Eltern arbeitslos sind. Ganz konkret heißt das, dass diese Kinder aufgrund des Einkommens ihrer Eltern nicht denselben Zugang zu Bildung, Gesundheit und Freizeit haben wie Kinder, deren Eltern ein hohes Einkommen haben. Das zeigt sich, um einige Beispiele zu nennen, beim Nachhilfunterricht, beim Gesundheitsstatus, bei der Mitgliedschaft in Vereinen oder beim Musikunterricht. 140.000 Kinder können in den Ferien nicht mit ihren Freundinnen und Freunden ins Sommercamp fahren oder an anderen Aktivitäten teilnehmen. In diesen Familien stellt sich immer wieder die Frage, ob das Geld reicht, um neue Schuhe zu kaufen, oder ob die Jeans vielleicht doch noch ein bisschen länger getragen werden muss. Diese Beispiele zeigen: Echte Teilhabe für alle Kinder an allen Aspekten des Lebens sieht auch in Bayern anders aus.

(Beifall bei der SPD)

Wir finden, jedes einzelne dieser 140.000 Kinder ist eines zu viel, wenn es darum geht, dass sie vom Leben ausgeschlossen sind und permanent zurückstecken müssen und dadurch oftmals auch einer sehr großen psychischen Belastung ausgesetzt sind.

Aber das muss nicht länger so sein; denn es gibt eine Lösung für echte Teilhabe und damit für echte Chancengerechtigkeit für alle: die Einführung einer eigenen Leistung nur für Kinder, einer Leistung, die so gestaltet ist, dass jedes Kind seinen Grundbedarf und damit sein eigenes Existenzminimum decken kann, und die jedem Kind mit einem Zuschuss zu Bildungs- und Freizeitangeboten gleiche Chancen eröffnet.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das "Bündnis Kindergrundsicherung", in dem sich Wohlfahrtsverbände, Familienverbände und Sozialwissenschaftler zusammengeschlossen haben, hat schon vor einiger Zeit einen Vorschlag eingebracht, der eine gute Grundlage für eine solche Kinderleistung sein kann: die Kindergrundsicherung. Die Kindergrundsicherung wäre bedarfsdeckend; denn sie sieht einen monatlichen Fixbetrag von circa 570 Euro pro Kind vor. Sie wäre umfassend; denn sie steht grundsätzlich jedem Kind bis zum 18. Geburtstag zu. Wer in Ausbildung käme, würde einen Teil dieser Leistung bis zum Ende der Ausbildung beziehen können. Die Kindergrundsicherung wäre auch sozial gerecht; denn die Leistung wäre dem Einkommensteuersatz der Eltern unterzogen. Das hieße, Kinder von einkommensschwächeren Eltern erhielten eine höhere Leistung, und Kinder von einkommensstärkeren Eltern bekämen eine niedrigere Leistung. Damit würden ärmere Kinder deutlich stärker von staatlichen Geldern profitieren als bislang.

Die Weiterentwicklung der aktuellen Kinder- und Familienleistungen hin zu einer solchen Kindergrundsicherung wäre ein visionärer, aber auch wirklich dringend notwendiger Schritt. Aktuell haben wir über 150 verschiedene Familienleistungen in unserem Land, und trotzdem leben in Bayern 140.000 Kinder tagtäglich nur auf Sparflamme

und oftmals am Rande der gesellschaftlichen Teilhabe. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es jetzt an der Zeit, dass wir uns gemeinsam zu diesem Thema auf den Weg machen.

Im Sozialausschuss haben wir im Frühling vergangenen Jahres schon einmal einen Antrag der SPD-Landtagsfraktion beraten. Es ging insgesamt um das Thema Armut, aber in besonderer Weise natürlich auch um das Thema Kinderarmut. Damals hat die Mehrheitsfraktion den Antrag leider abgelehnt und unter anderem betont, dass für eine Zustimmung eine weitere und intensive Beschäftigung mit der Thematik nötig sei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hoffe, dass Ihnen das vergangene Jahr genug Zeit gegeben hat, um die vielen positiven Aspekte einer Kindergrundsicherung zu erarbeiten, zu recherchieren und vor allem zu erkennen, sodass wir heute gemeinsam einen wirklich wichtigen Schritt gegen Kinderarmut in die Wege leiten können – weg von der Armut und weg von der Stigmatisierung.

(Beifall bei der SPD)

Genau das wäre mit der Kindergrundsicherung möglich. Laut einer Berechnung der Hans-Böckler-Stiftung ließe sich die Kinderarmutsquote in Deutschland mit Einführung dieser Leistung auf 3 % reduzieren. Allein diese Erkenntnis sollte wirklich Ansporn und Anreiz für uns sein. Gerade für ein reiches Land wie Deutschland und Bayern wäre ein solcher Schritt auch finanziert. Die aktuellen Familienleistungen könnten in der Kinderleistung aufgehen, und zudem sparen sich Familien und Behörden den Antrags- und Bearbeitungswust, wie er momentan gegeben ist.

Unser großes, übergeordnetes Ziel muss doch sein, Kinderarmut abzuschaffen. Damit könnten wir auch allen negativen Folgen von Kinderarmut präventiv begegnen. Deshalb wollen wir diesen Systemwechsel jetzt gemeinsam mit Ihnen hier im Hohen Haus einleiten. Das wäre ein erster wichtiger Schritt, um den Kindern zu helfen und um Kinderarmut von Anfang an zu verhindern. Natürlich brauchen wir noch weitere Anstrengungen, um die Familien im Ganzen unterstützen zu können. Wir brauchen Rahmen-

bedingungen am Arbeitsmarkt für Mütter und Väter, die ihnen die Berufsausübung ermöglichen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Auch brauchen wir eine bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung sowie eine Ganztagsbetreuung an Schulen bzw. Ganztagschulen, damit die Eltern ihrer Berufstätigkeit nachgehen können. Das alles sind wichtige flankierende Maßnahmen.

Ich möchte am Rande aber auch die Kinderrechte erwähnen; denn Kinder haben ein Recht auf gesellschaftliche Teilhabe. Sie haben ein Recht auf soziale Sicherheit, auf angemessene Lebensbedingungen und auf ein gelingendes Leben sowie auf gleiche Chancen. Und vor allen Dingen haben sie ein Recht darauf, dass sie aufgrund ihrer Herkunft nicht schlechter gestellt werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, unter Betrachtung all dieser Aspekte heute den Mut aufzubringen, ein Signal an den Bund aus Bayern zu senden und die Entwicklung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Kollegin Schreyer.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich verstehe den Ansatz, wenn Sie sagen, dass man versuchen will, die Kinderarmut zu bekämpfen. Da sind wir uns alle einig. Der Unterschied sind die Wege, die wir anstreben. Sie gehen über den Bereich Kindergrundsicherung, während wir die Frage erörtern wollen, was es alles an Leistungen gibt. Sie gehen über das Kind, und wir gehen über die Frage, wie wir Familien so fördern können, dass Armut nicht stattfindet.

(Zuruf von der SPD: Auch wenn sie nicht mehr betreut werden?)

Ziel muss es sein, dass jedes Kind die Möglichkeit hat, Zugang zu Bildung und zu sozialer Teilhabe zu bekommen. Das muss unser ganz großes Ziel sein, genauso wie das, dass jedes Kind gesundheitlich gut versorgt ist. Sie haben mehrere Beispiele ausgeführt. Da teile ich in weiten Strecken Ihre Argumentation.

Aus meiner Sicht kann es aber nicht darum gehen, nur das einzelne Kind in den Fokus zu nehmen, sondern die ganze Familie muss im Fokus stehen. Beim Kind allein wird das nicht funktionieren. Ich brauche gleichermaßen die Eltern an dieser Stelle. Deshalb gehen wir eher in die Richtung zu fragen: Wo müssen wir bei den Familienleistungen noch ein Stück besser werden?

Schauen wir uns doch einmal die Zahlen an. Vorausschicken möchte ich, dass jedes Kind, das in Armut lebt, eines zu viel ist. Trotzdem dürfen wir feststellen, dass in Bayern nach der Bertelsmann-Studie weniger Kinder unter 18 Jahren in Hartz-IV-Haushalten leben als in den anderen Bundesländern.

(Margit Wild (SPD): Das hilft doch dem Kind hier nicht!)

Das darf man ruhig so formulieren, wenn es auch so ist, dass jedes Kind, das in Armut lebt, eines zu viel ist, wie ich bereits gesagt habe. – In Bayern sind 6,8 % der Kinder von Armut bedroht. Da müssen wir schauen, wo wir als Familienland Bayern besser werden können und wo wir die Kinder unterstützen können.

Es gibt mehrere Säulen, an denen wir andocken können. Das eine ist der Doppelhaushalt. Ich erinnere an den Einzelplan 10. Frau Staatsministerin ist da immer eifrig am Kämpfen, für die Familien die Dinge auf den richtigen Weg zu bringen. Wir haben 4,9 Milliarden Euro vorgesehen. Das ist durchaus eine Hausnummer, mit der etwas geschaffen werden kann. Allein zum Doppelhaushalt 2015/2016 haben wir eine Steigerung von 15 %.

Wichtig ist neben dem Finanziellen natürlich auch die Frage, welche Infrastruktur bei Beratung und Ähnlichem vorhanden ist. Ich möchte das jetzt nicht alles herunterbeten,

aber sowohl von Familienstützpunkten über Beratungsstellen, Kinderschutzprogrammen, Familienpatenschaften bis hin zu Fragen der Ausbildung und Berufsbildung versuchen wir, alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Familien in dieser Gesellschaft wirklich gut ankommen können. Das Geld ist wichtig, aber es ist nicht allein der ausschlaggebende Faktor. Es gibt da noch viele andere Punkte, die hier in Bayern zum Tragen kommen.

Auch beim Grundfreibetrag, beim Kindergeld und beim Kinderfreibetrag haben wir unseren Beitrag geleistet. Beim Bundeselterngeld, dem Elterngeld Plus oder auch der Frage, wie Väter stärker eingebunden werden können, sind wir, glaube ich, einen großen Schritt weitergekommen, gerade auch in der Koalition in Berlin, in der bekanntlich nicht nur die SPD, sondern auch CDU und CSU dabei sind.

Auf Landesebene haben wir gesagt, dass wir für die Familien Wahlfreiheit wollen. Und da kommen jetzt Ihr geliebtes Betreuungsgeld sowie der Kita-Ausbau ins Spiel. Beides brauchen wir, damit die Familien entscheiden können, wie sie leben wollen.

In Bayern haben wir noch etwas, was so manche Partei wieder abschaffen möchte, nämlich das Landeserziehungsgeld. Damit gehen wir gezielt an die Familien heran, denen es schlechter geht. Wir versuchen hier, noch mehr Geld hinzuzufügen. Ich bitte Sie, diese Dinge immer mit zu berücksichtigen.

Was Familien bewegt, hat oftmals auch damit zu tun, welche Arbeitsplatzsituation die Familie hat und wie viel Geld verdient wird. Und da ist die Bildungspolitik von entscheidender Bedeutung. Unsere Bildungspolitiker sind ganz aktiv, so gerecht wie möglich zu handeln. Gleichheit wird es nie geben, aber wir müssen versuchen, immer mehr Optionen zu finden, um jeden an Bildung heranzuführen. Das ist das Mittel der Wahl, um am Ende des Tages den eigenen Lebensunterhalt so verdienen zu können, dass das Familienleben funktioniert.

Wir glauben, dass die Grundsicherung der falsche Weg dahin ist. Wir möchten an den anderen Stellen, die ich eben versucht habe darzustellen, stärker angreifen. Der Dop-

pelhaushalt bietet dafür einen guten Ansatz. Insofern werden wir so weitermachen, dass das Familienland Bayern funktioniert. Gott sei Dank sind wir im Bereich der Kinderarmut besser aufgestellt als andere Bundesländer. Gut ist es nie, wenn auch nur ein einziges Kind in Armut lebt, aber wir sind, wie gesagt, ein ganzes Stück besser als andere. Das liegt insbesondere auch an einer sehr rührigen Staatsministerin, die mit ganzer Kraft für die Familien kämpft. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und danke an dieser Stelle Emilia Müller nochmal für ihr Durchsetzungsvermögen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Bevor ich der Frau Kollegin Gottstein das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. – Frau Gottstein, Sie haben das Wort.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht den Antragstellern um das Wohl unserer Kinder. Ich kann den beiden Vorrednerinnen insofern folgen, als es auch den FREIEN WÄHLERN um das Wohl der Kinder geht. Dieser Antrag ist allein schon deshalb wichtig, weil er Kinder, die keine Lobby haben, in den Fokus nimmt. Wir bedanken uns also für den Antrag, auch wenn wir ihm nicht zustimmen werden.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Warum? – Er sieht eine völlige Umstrukturierung der bisherigen Förderleistungen vor. Sozialgeld, Kinderzuschlag, Kindergeld, Kinderfreibetrag, Unterhaltsvorschuss usw. sollen als Gegenfinanzierung für die Grundsicherung genommen werden. Das ist ein sehr revolutionärer Ansatz. Da gehen wir lieber etwas mehr mit der Biologie: Evolution ist nachhaltiger als Revolution. Revolution reißt sehr viel ein, Evolution baut auf.

Einen gewissen Widerspruch gibt es auch; vielleicht ist dieser parteitaktisch zu erklären. Wir haben vor wenigen Monaten auf Bundesebene ein langes Hickhack gehabt, bis das Kindergeld letztlich um zwei Euro erhöht wurde. Man hat da zahlreiche Minis-

terialreferenten beschäftigt. Zudem wurde nach langen Diskussionen der Unterhaltsvorschuss ausgebaut. Das alles sind Dinge, die wir begrüßen; sie wären aber überflüssig gewesen, wenn man sich seitens der SPD auf Bundesebene ernsthaft Gedanken gemacht hätte, diesem Antrag, den jetzt die bayerische SPD stellt, zu folgen. Damit hätte man seine Kräfte sofort in dieses neue Vorhaben einbringen können.

Die Kosten Ihres Vorschlags werden von dem Bündnis, das dahintersteht, auf 84 Milliarden Euro geschätzt. Die bisherigen Leistungen müssten dabei aber abgeschafft werden, und das wäre dann die Gegenfinanzierung in Höhe von 67 Milliarden Euro. So blieben 17 Milliarden Euro übrig. Da könnten wir FREIEN WÄHLER mitgehen. Das ist sicher nicht der Hauptgrund; aber erwähnen muss man es schon, wenn man diesen Antrag objektiv beurteilt.

Wir sind der Meinung, wir sollten wie die Evolution Gutes weiterentwickeln. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass im Prinzip die Leistungen, die es schon gibt, deutlich ausgebaut werden, auch in Bayern. Wir wünschen, dass das wesentlich gestärkt wird. Das beginnt mit der Unterstützung Alleinerziehender und setzt sich fort mit dem Unterhaltsvorschuss. Es ist absolut richtig: In Bayern gibt es das Landeserziehungsgeld. Wir FREIEN WÄHLER unterstützen es. Dagegen sind wir beim Betreuungsgeld anderer Meinung. Die Zahlung von Landeserziehungsgeld ist eine sehr wertvolle Maßnahme, gerade für Familien mit schwächeren Einkommen.

Wir sind auch nach wie vor der Meinung, dass wir viel mehr für die Eltern- und Familienberatung tun müssen. Dieses Thema wurde schon angesprochen. Wir können bestimmten Familien noch so viel Geld geben, ohne dass es beim Kind ankommen wird. Vielleicht wird damit zum Beispiel das nächste Handy oder der nächste Roboter bezahlt; es wird jedenfalls nicht zum nächsten Bildungspaket für das Kind beitragen. Das muss man schon relativ kritisch sagen dürfen.

Wir meinen weiterhin, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf deutlich ausgebaut werden muss. Das ist das A und O. Nach wie vor müssen viele Kinder in Armut

leben, weil die Eltern – oft ist es ein alleinerziehender Elternteil – nicht oder nicht genügend arbeiten können.

Außerdem erwarten wir endlich einen Übergang vom Ehegattensplitting zum Familiensplitting. Dabei sind wir FREIEN WÄHLER schon ein bisschen revolutionär; wir haben das immer wieder angeregt. Dieser Übergang ist unserer Meinung nach der richtige Weg. Dann kommt das Geld in den Familien an.

Schließlich sind wir für einen Paradigmenwechsel in der Kinderbetreuung für die nicht schulpflichtigen Kinder. Wir meinen, diese Kinderbetreuung muss kostenlos sein. Es ist inzwischen erkannt, dass die frühkindliche Bildung Bildung ist und wir dabei nicht von Betreuung sprechen. Darum ist das System, diese Leistung den Kommunen aufzuhalsen, nicht mehr zeitgemäß. Auch diese Bildung muss frei sein, genauso wie die Schulbildung. Sie muss vom Freistaat übernommen werden. Wenn man diese Kosten nicht der einzelnen Familie zumutet, kommt es zur entscheidenden Entlastung, und es wird wesentlich weniger Kinderarmut geben. Diese Kosten stehen in keiner Relation zum Einkommen mancher Eltern. Dass man hier umdenkt, wäre ein wichtiger Schritt. Das Geld muss direkt beim Kind, direkt bei der Familie ankommen. Wir glauben nicht, dass das über eine Grundsicherung geht. Deswegen bitten wir um Verständnis: Wir wollen das Gleiche, aber wir wollen in diesem Fall einen anderen Weg gehen und werden den Antrag deswegen ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult, Frau Gottstein. Wir haben zwei Zwischenbemerkungen. Zunächst spricht die Kollegin Stamm und dann die Kollegin Rauscher.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Geschätzte Kollegin Gottstein, ich würde mir wünschen, Sie wären ein bisschen revolutionärer und würden nicht so sehr bei der Evolution bleiben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Es ist halt nicht jeder so revolutionär, Claudia.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich glaube, ich habe jetzt erst einmal das Wort, Kollegin Gottstein.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Entschuldigung.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Die vielen Transferleistungen bringen nichts. Es ist tatsächlich so; es gibt eine neue Studie der Bertelsmann Stiftung dazu. Die Kinderarmut ist trotz der vielen Transferleistungen angestiegen. Deswegen brauchen wir eine grundlegende Reform. Die Reform des Bündnisses Kindergrundsicherung ist einfach genau der richtige Weg.

Sie haben die vielen angesprochen, die da und dort keinen Vorteil haben. Die Alleinerziehenden sehen null Komma null Cent von einem Ehegattensplitting. Eine Reform und ein mutiger Schritt gehören her. Sehr viele Gesetze wären davon betroffen. Aber das brauchen wir in Deutschland, weil die Transferleistungen es eben nicht bringen und keinen positiven Effekt im Hinblick auf Kinderarmut haben, sondern genau das Gegenteil ist der Fall.

Die Kosten betragen 17 Milliarden Euro; das haben Sie gerade angesprochen. Dabei ist überhaupt nicht eingerechnet --

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Ende.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nachdem ich unterbrochen wurde, dachte ich, ich habe noch ein bisschen länger.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich habe Sie schon 20 Sekunden überziehen lassen.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Es gäbe viele positive Verwaltungseffekte. Es würde nämlich sehr viel Verwaltung eingespart. Das ist eine Vereinfachung der Bürokratie, was vielleicht auch etwas für den Kollegen Nussel wäre, aber eben auch ein positiver monetärer Effekt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Ich bitte nach wie vor um Verständnis für unsere Meinung, dass wir Bewährtes nicht über den Haufen werfen sollten. Es ist sehr viel Bewährtes dabei. Wir führen viele persönliche Gespräche, auch mit Lehrern oder Kindergartenrinnen. Daher sind wir der Meinung, eine Grundsicherung, die jede Familie betrifft, gewährleistet nicht automatisch, dass das Geld beim Kind in der richtigen Weise ankommt.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die nächste Zwischenbemerkung kommt von der Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Frau Gottstein, ich muss noch eine Zwischenbemerkung machen, weil ich Ihre Darstellung nicht stehen lassen möchte. Sie haben gesagt, man wisse nicht, ob das Geld bei den Kindern ankommt. Das sind immer die Parolen, die gedroschen werden, Entschuldigung. Es ist nicht so, dass alle Familien, die einen etwas kleineren Geldbeutel haben, dieses Geld in Flachbildschirme und Bier investieren.

(Beifall bei der SPD)

Mit dieser Meinung würde man der Wirklichkeit nicht gerecht werden. Das werden viele von uns hier bemerken, wenn sie an ihr eigenes Umfeld denken. Auch in meinem persönlichen Freundschaftskreis gab es eine alleinerziehende Frau, die sich selbst durchgekämpft hat. Ihre Kinder lebten mit ihr in Armut und waren Hartz-IV-Bezieher. Diese Stigmatisierung ist unglaublich traurig und für die Seele und Psyche der Kinder wirklich heftig. Jetzt haben kluge Menschen aus Wohlfahrtsverbänden und Wissen-

schaftler so etwas Tolles entwickelt, was mich persönlich schon lange umtreibt. Wir wissen, dass Kinderarmut dadurch um 80 % reduziert werden könnte. Deswegen verstehe ich Ihre konsequente Haltung dagegen nicht. Das wollte ich an dieser Stelle gerne persönlich loswerden. Deswegen würde ich Sie darum bitten, dass Sie kurz darauf Bezug nehmen.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Wir haben es uns sehr wohl überlegt. Ich wollte das Klischee von Bierkästen usw. nicht so deutlich bedienen, wie Sie es jetzt gemacht haben. Sie sitzen vielleicht auch in einem Kreistag oder einem Stadtrat. In unseren Kreistagen ufern die Jugendhilfeetats fast enorm aus, weil ganz viele Familien Hilfe brauchen, mit den Kindern und mit dem Geld umzugehen. Daher glaube ich, dass wir das Geld in diese Richtung investieren müssen. Ich glaube schon, dass nicht immer die 500 oder 600 Euro den Ausschlag geben, die pro Kind ankommen. Das muss man so deutlich sagen. Wir brauchen direkte Hilfe, und die haben wir. – Sie führen Alleinerziehende an. Für sie würde das Familiensplitting, das wir vorschlagen, sehr wohl Änderungen bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! "Abgehängt, abgeschrieben: Vom Schicksal unserer Jugendlichen in einer Gesellschaft, der es gut geht" – das war der Titel eines Fachvortrags im Rahmen einer Veranstaltung in Nürnberg, die ich vor ein paar Wochen besucht habe. Wie kommt man denn auf so einen Titel und so eine Aussage in einer Gesellschaft, in der die Arbeitslosigkeit, auch die Jugendarbeitslosigkeit, niedrig ist, in der die Betriebe dringend ausbildungsfähige Jugendliche suchen, um sie zu Fachkräften zu machen, und in der jeder seines Glückes Schmied ist? – Man kommt dazu, weil es in Deutschland in vielen Regionen arbeitslose Jugendliche gibt. Arbeitslose Jugendliche kommen oft aus

Familien, in denen die Eltern arbeitslos sind, und aus armen Verhältnissen. Erwachsene und Jugendliche, die arbeitslos sind, sind oft auch arm. Wer arm ist, hat eine geringere Lebenserwartung; wer arm ist, hat eine geringere Perspektive, hat eine zu kleine Wohnung, fährt nicht in den Urlaub und hat kein Geld. Diese Kinder und Jugendlichen sind abgeschrieben. Wer arm ist, bleibt arm; wer reich ist, bleibt reich oder wird noch reicher. Die soziale Mobilität nimmt ab.

Wir brauchen deshalb eine gezielte Förderung der armen Kinder. Wir brauchen eine Investition in gute Kitas und gute Schulen und eine Gleichwertigkeit, zum Beispiel durch eine Kindergrundsicherung. Jetzt ist es aber so: "Wer hat, dem wird gegeben." Das war schon zu Luthers Zeiten vor fast 500 Jahren so. Deswegen hat er diesen Satz geprägt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, liebe Kollegen, die Verteilung von Reichtum und Armut, die Verteilung von Chancen und Hoffnung ist kein Naturprozess; das ist politisch gewollt. Ein wenig mehr für Arme und viel mehr für Reiche ist das Ergebnis Ihres politischen Handelns. Ich sage es sehr klar: Seit Jahren schaffen Sie, liebe CSU und liebe SPD, es nicht, Kinderarmut wirksam zu bekämpfen, zum Beispiel durch eine Kindergrundsicherung.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es bleibt dabei: Sie wässern den Rasen dort, wo er schon grün ist, statt allen jungen Halmen gleiche Wachstumschancen zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kollegen, ich sage auch deutlich: Armutsbekämpfung ist wichtig für die Funktionsfähigkeit der demokratischen Strukturen. Trump versprach in seinem Wahlkampf, gut bezahlte Jobs nach Amerika zurückzubringen – in ein Land, in dem fast alle Menschen, die arbeiten wollten, Arbeit hatten. Früher hatten sie gut bezahlte Jobs. Früher hatten sie ein Einkommen, das ihnen einen gewissen Lebensstandard ermöglichte; sie

konnten sich etwas leisten. Im Laufe der Zeit verloren sie ihre gut bezahlten Jobs, weil die Produktion in wettbewerbsfähigeren Länder verlagert wurde. Es gibt dort genug Jobs – die Arbeitslosenquote in den USA ist gering –, aber das Lohnniveau ist für viele so weit gesunken, dass ihnen die Perspektive fehlt. Es reicht nicht mehr aus, irgendwie erwerbstätig zu sein. Viele haben nur befristete Jobs – oft sind sie in mehreren gleichzeitig tätig –, während die Reichen in Amerika noch reicher werden. Die Ergebnisse der weiter auseinanderdriftenden Gesellschaft in Amerika kennen Sie: Die perspektivlosen schwarzen Jugendlichen sitzen im Gefängnis. Trump wurde gewählt. Der Riss in der amerikanischen Gesellschaft wurde größer, nicht kleiner.

Liebe Kollegen von der CSU, ich bitte Sie wirklich, mir jetzt genau zuzuhören: Ich bin der festen Überzeugung, dass nicht das Thema Flüchtlinge die Rechtsextremen in Deutschland und damit auch in Bayern so weit nach oben gebracht hat. Ursache sind vielmehr Angst und das Gefühl, dass das Geld, das zumindest in den ersten Jahren für Flüchtlinge umverteilt werden muss, nicht von der Oberschicht und der Mittelschicht bezahlt wird, sondern von denen, die schon arm sind, von denen, die für sich keine Perspektive mehr in dieser Gesellschaft sehen. Statt ein klares Zeichen zu setzen und endlich zu sagen: "Ja, jedes Kind ist uns gleich viel wert!", haben Sie in den vergangenen Monaten diese Angst nur verstärkt.

Auch Kinder sind Träger eigener Rechte. Ihre Familien sind diejenigen, die sie auf die Zukunft vorbereiten. Was für ein Zeichen haben Sie, und zwar CSU und SPD, denn in der Bundesregierung gesetzt? Sie haben gemeinsam lächerliche 2 Euro mehr Kinder geld beschlossen. Sie haben eine Reform beschlossen, durch die Bezieher von hohen Einkommen mehr gewinnen als Bezieher von niedrigen Einkommen. Sie haben den Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende auf chaotische Art und Weise an den Ländern vorbei beschlossen. Erst im letzten Moment sind Sie auf die Zielgerade eingebogen. Sie haben es wieder einmal versäumt, Kinderregelsatz, Kindergeld und Kinderfreibetrag zu einer Leistung zusammenzuführen. Damit hätten Sie nicht nur mehr Gerechtigkeit geschaffen, sondern auch Bürokratieabbau betrieben. Sie haben es wie-

der einmal versäumt, Kindern aus Familien, die Hartz IV beziehen, das Signal zu geben: "Ihr seid gleich viel wert!" Diese Familien bekommen das Kindergeld weiterhin verrechnet.

Jetzt komme ich zu der Frage, warum Sie sich so konsequent gegen eine Kindergrundsicherung sperren. Ich bin mir sicher, es geht Ihnen nicht allein um die Kindergrundsicherung. Sie haben schlichtweg Angst, dass es irgendwann später zu einem Antrag in Richtung Grundsicherung kommt. Sie haben Angst, dass die Stärkung armer Familien, ob durch Einführung einer Kindergrundsicherung oder durch sonstige Maßnahmen, vor dem Hintergrund des Lohnabstandsgebots dazu zwingt, den Mindestlohn zu erhöhen, sodass arme Familien andere Perspektiven hätten, sich selbst durchzubringen. Das müsste man finanzieren, aber das wollen Sie nicht. Dieses Problem gehen Sie nicht ernsthaft an. Deswegen blockieren Sie seit Jahren die Forderung nach Einführung einer Kindergrundsicherung. Seit Jahren beschließen Sie neue familienpolitische Leistungen, die besserverdienenden Familien mehr nützen als den Ärmsten unserer Gesellschaft.

Deswegen wäre ich froh, wenn es der SPD mit diesem Antrag gelänge, endlich auf Bundesebene mehr konkrete Vorschläge zu entwickeln, wie man eine Sicherung auch der Kinder aus den ärmsten Familien durchsetzen könnte, und wenn die CSU sich endlich an die konkrete Armutsbekämpfung machen würde. Deswegen stimmen wir zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stamm. Nur zur Information, weil manche schon gefragt haben: Frau Stamm hat noch eine Minute Redezeit.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und sehr geehrte Kolleginnen! Ich möchte, dass jedes Kind mit einem Geschenk unter dem Arm zum Kindergeburtstag gehen kann.

Fakt ist – das haben die Zahlen gezeigt –: Die Kinderarmut hat zugenommen, auch in Bayern. Vor allem aber – das ist noch nicht erwähnt worden – stellt sich die Situation in Bayern total heterogen dar. Die Kinderarmutszahlen in Nürnberg und in Schweinfurt liegen weit über dem Bundesdurchschnitt. Das sollte Ihnen zu denken geben.

Meine Kolleginnen und Kollegen, manchmal kann Politik richtig frustrierend sein. Wenn man einen Blick in Wikipedia wirft, dann findet man dort alle möglichen Modelle und Definitionen einer Kindergrundsicherung – vom DGB, von Verbänden und allen möglichen Vereinen. Zwei Merkmale haben alle Vorschläge gemeinsam. Das eine ist: Die Kinderarmut soll bekämpft und das Kindeswohl in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Zweite ist: Alle Vorschläge sind bisher Makulatur; sie sind in der Schublade geblieben.

Ich wünsche mir von allen Fraktionen in diesem Hohen Haus, dass es endlich eine echte Kindergrundsicherung gibt. Diese soll übrigens einkommensabhängig sein. Es würde also nicht so sein, dass jeder das Gleiche davon hätte.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

Claudia Stamm (fraktionslos): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Ich wünsche mir diesen mutigen Schritt; denn nur diese Reform kann helfen, nur dadurch können wir endlich etwas gegen Kinderarmut tun. – Vielen Dank.

(Beifall des Abgeordneten Herbert Woerlein (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch einmal gemeldet, um zu antworten.

Liebe Frau Kollegin Schreyer, Sie haben die Transferleistungen und die sonstigen Segnungen für die Kinder dargestellt. Kein Mensch will Ihrer Aussage widersprechen

– auch wir nicht –, dass es bereits gute, wichtige Maßnahmen gibt, um Familien zu unterstützen. Leider stelle ich fest, liebe Frau Kollegin: All diese Maßnahmen haben nicht dazu geführt, dass die armen Kinder unter 18 Jahren – laut dem von Ihrem Haus herausgegebenen Sozialbericht liegt deren Anteil übrigens bei 15 % – mittlerweile bessergestellt wären. Es gab insoweit keine Verbesserung in den letzten Jahren. Im Gegenteil, wir verzeichnen eine steigende Tendenz in Richtung Armut von Kindern. Das ist Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten diese Politik daher nicht loben, sondern stattdessen in sich gehen und überlegen, ob sie tatsächlich effektiv ist.

Ich darf Sie – im Gegensatz zu der von Ihnen betriebenen Lobpreisung Ihrer Politik – daran erinnern, dass Sie so "schöne" Maßnahmen vorhatten wie die Einführung eines Büchergeldes, das Familien massiv belastet hätte. Es ist eine Zeit lang her, aber man muss es immer wieder erwähnen: Sie wollten mit dem Büchergeld Familien stärker belasten. Gott sei Dank haben Sie sich damit nicht durchsetzen können.

Sie lehnen den kostenfreien Kindergarten ab. Sie lehnen die Gebührenfreiheit für Horte ab. Sie lehnen es ab, dass es ein kostenloses Mittagessen gibt. Sie lehnen echte Lernmittelfreiheit ab. Gehen Sie etwa davon aus, mit der Ablehnung all dieser Maßnahmen könnten Sie Familien entlasten und Kinderarmut verhindern? Ich gehe nicht davon aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage es noch einmal – damit wende ich mich insbesondere an Sie, liebe Frau Gottstein –: Auch wir wollen Bewährtes nicht einfach wegwischen. Aber mit Ihrer Wortmeldung helfen Sie der CSU. Sie helfen mit, dass es bei Leistungen bleibt, die nichts gebracht haben. Im Gegenteil, wir verzeichnen eine steigende Tendenz der Kinderar-

mut; sie verfestigt sich. Mit Ihrer Haltung tragen Sie nicht zu einer Verbesserung, das heißt zu einer Reduzierung der Kinderarmut bei.

Frau Kollegin Rauscher hat erwähnt, was die Experten sagen. Demnach könnte mit der Kindergrundsicherung die Quote der Kinderarmut auf 3 % reduziert werden. Das wären sehr viel weniger arme Kinder in unserem Land. Aber das lehnen Sie bis heute ab. Wir werden die weitere Entwicklung sehr genau beobachten.

Ein Letztes. Sie reden immer von Ihrem Betreuungsgeld, sagen aber nicht, dass es mit den Hartz-IV-Sätzen verrechnet wird. Im Gegensatz dazu wäre die Kindergrundsicherung ein individuelles Recht der Kinder und würde nicht angerechnet werden.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bedarf es der Kindergrundsicherung. Sie wäre eine mit einem Rechtsanspruch versehene Leistung für Kinder.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Auf all die Leistungen, die Sie, Frau Schreyer, hier erwähnt haben, haben die Kinder keinen unbedingten Anspruch. Deswegen ist die Kindergrundsicherung die bessere Alternative. – Danke.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Staatsministerin Müller.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Idee einer allgemeinen Kindergrundsicherung für jedes Kind ist nicht neu.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das hat auch keiner behauptet!)

Wir haben das hier im Landtag schon x-mal diskutiert. Es ist heute nicht das erste Mal. Ich möchte meiner Fraktionskollegin Schreyer zustimmen: Die Vorstellung, mit einer

allgemeinen Kindergrundsicherung Kinderarmut zu reduzieren, ist ein Trugschluss in mehrfacher Hinsicht. Kinderarmut ist Familienarmut. Kinderarmut kann nicht losgelöst von den Eltern bekämpft werden;

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das will auch keiner! Wer will das denn?)

denn die finanzielle Lage der Kinder ist Folge der finanziellen Lage der Eltern. Daran ändert sich auch mit einer allgemeinen Kindergrundsicherung nichts.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Doch!)

Kinder sind nicht in der Lage, eigenverantwortlich das Geld für ihren Lebensunterhalt zu verwalten. Das ist und bleibt Teil der Elternverantwortung. Verantwortung für Kinder bedeutet auch finanzielle Verantwortung. Kinder von arbeitslosen Eltern leben auch mit einer Kindergrundsicherung weiterhin in einem Hartz-IV-Haushalt. Der erfolgreiche Weg aus Hartz IV in ein eigenverantwortliches Leben ist ein anderer. Er führt über Menschen, allen voran die Eltern, die sich kümmern, die ihr Kind fördern, anregen und stärken. Dazu müssen wir Eltern befähigen; denn wir wissen alle: Kinderarmut ist nicht nur finanzielle Armut, und Kinderarmut hat viele Facetten. Sie zeigt sich zum Beispiel in der Gefahr geringerer Bildungsteilhabe – das wurde mehrfach angesprochen – oder in der Gefahr schwierigerer Zugänge zu kultureller und gesellschaftlicher Teilhabe. Ich möchte betonen, dass zum Beispiel Leistungen für Bildung und Teilhabe anders berücksichtigt werden: Schul- und Kita-Ausflüge, persönlicher Schulbedarf, angemessene Lernförderung für Schüler, Mittagessen in Kitas und Schulen, Zugang zu Vereinen, zu Sport, Spiel und Kultur und Ferienfreizeit. Es liegt deshalb auf der Hand: Kinderarmut kann nicht einfach nur durch Geld bekämpft werden. Hier sind vielfältige Strategien gefordert, von der Investition in Bildung, beginnend mit der fröhkindlichen Bildung über Gesundheitsprävention, bis hin zu aktivierender Arbeitsmarktpolitik. Kein Kind darf verlorengehen. Das ist mir als Sozialministerin ein ganz wichtiges Anliegen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie fordern einen fixen Betrag von 573 Euro für jedes Kind. Sie sagen aber nicht, was die Leistung kostet und wie sie finanziert werden soll. Dazu schweigt sich der Antrag aus. Wir reden hier nämlich über einen höheren zweistelligen Milliardenbetrag. Die renommierte Hans-Böckler-Stiftung redet von 35 Milliarden Euro.

(Florian von Brunn (SPD): Hört, hört! Die Hans-Böckler-Stiftung wird zitiert!)

Höhere Leistungen und Leistungsausgaben bedeuten höhere Steuersätze. Höhere Steuersätze zahlen natürlich auch die Familien selbst; denn sie sind jeden Tag dabei, Steuern zu zahlen, zum Beispiel die Mehrwertsteuer.

(Florian von Brunn (SPD): Wir denken eher an die Vermögensteuer!)

Ich kann nur sagen: Das geforderte Modell hat für viele Familien mit realen Verbesserungen nichts zu tun. Im Gegenteil: Das Geld, das Sie zusätzlich verteilen wollen, fehlt Bund, Ländern und Gemeinden dann an anderen Stellen: für Elternbildung, für gute Kinderbetreuung und nicht zuletzt für gezielte finanzielle Leistungen in besonderen familiären Lebenslagen, zum Beispiel für die Alleinerziehenden. Bayern leistet, was die finanzielle Unterstützung von Familien betrifft, mehr als alle anderen Länder. Bayern unterstützt seine Familien in den ersten Lebensjahren eines Kindes mit dem Betreuungsgeld, auch wenn Ihnen das nicht gefällt,

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): 150 Euro! Davon kann keine Alleinerziehende leben!)

und dem Landeserziehungsgeld. Das Landeserziehungsgeld stärkt gerade Familien mit geringerem Einkommen, etwa Alleinerziehende und kinderreiche Familien. Die Kollegin Gottstein hat auch darauf hingewiesen. Ziel muss es sein, die Familien, die Hartz IV beziehen, zu aktivieren und aus der Armut herauszuführen, nicht, Armut zu subventionieren. Wir wollen noch mehr Familien mit Kindern aus dem Sozialgeldbezug

herausholen. Dazu wollen wir den ganzheitlichen Ansatz, das Coaching eines langzeitarbeitslosen Elternteils und die Betreuung der ganzen Familie stärken;

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wahnsinn! – Margit Wild (SPD): Schöne Worte!)

denn unsere Modellprojekte "Perspektiven für Familien" in Nürnberg und "TANDEM" in Fürth haben gezeigt, dass das der richtige Weg ist, um Familien zu helfen. All das sind gezielte Leistungen, die viel dazu beitragen, unseren Kindern einen guten Start in das Kinderleben zu ermöglichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser heutiges System der Familien- und Sozialtransfers hat sich bewährt.

(Margit Wild (SPD): Offensichtlich nicht! Die Zahlen sprechen eine andere Sprache! – Dr. Simone Strohmayer (SPD): Es hat sich bewährt, dass 140.000 Kinder in Armut leben? – Weitere Zurufe – Glocke der Präsidentin)

Viele Leistungen tragen regionalen Besonderheiten oder einer spezifischen familiären Lage Rechnung. All das würde mit einem einheitlichen Leistungsbetrag pro Kind nivelliert. Wir haben regional unterschiedliche Situationen. Es ist ein Unterschied, ob man in München wohnt oder im ländlichen Raum. Das muss man ebenfalls berücksichtigen. Unser heutiges System ist höchst wirksam;

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Offensichtlich nicht!)

denn die Armutgefährdung bei minderjährigen Kindern wird in Deutschland dadurch um mehr als die Hälfte reduziert. Eurostat liefert die konkreten Zahlen. Im Jahr 2015 lag die Armutgefährdung vor Sozialleistung bei 31,3 %, nach Sozialleistungen bei 14,6 %. Daran kann man erkennen, dass sich hier etliches tut. Um allen Kindern gute Chancen zu bieten, müssen wir die Familie als Ganzes in den Blick nehmen und im Blick behalten und Leistungen zielgenau ausrichten. Eine isolierte Kindergrundsicherung, die alle Kinder über einen Kamm schert,

(Margit Wild (SPD): Das tut sie doch gar nicht!)

ist dafür der falsche Weg. Deshalb empfehle ich, den Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, zunächst der Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Liebe Frau Staatsministerin, mit Verlaub und bei allem Respekt: So viele Phrasen wie gerade in Ihrer Rede habe ich schon lange nicht mehr gehört.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Ich will Ihnen Folgendes sagen: Sie sagen, wir müssen Kinder fördern und fordern. Jawohl, da haben Sie recht. Aber wenn sich Eltern die Nachhilfe nicht mehr leisten können, wird es mit dem Fördern und Fordern schwierig. Deswegen ist das Einkommen ein entscheidender Faktor. Da können Sie nicht drum herumreden mit irgendwelchen Förderungen und Fordern. Das ist ja alles recht; aber wenn die Kasse nicht stimmt, werden Eltern die Nachhilfe nicht mehr bezahlen können.

(Zuruf von der CSU)

Dann gibt es benachteiligte Kinder. Das können Sie hier mit noch so schönen Worten nicht wegreden. Sie haben sich selber entlarvt, sorry,

(Widerspruch bei der CSU)

weil Sie ziemlich am Ende Ihrer Rede die Kostenfrage gestellt haben. Damit haben Sie dem Hohen Haus hier klargemacht: Für Sie ist die Verhinderung von Kinderarmut eine Kostenfrage, und sonst nichts.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Sie sagen hier, die Kosten seien nicht geklärt. Ich kann sie Ihnen nennen. Über die Kosten müssten Sie als Fachministerin doch Bescheid wissen. Eine Kindergrundsicherung kostet ohne Gegenrechnung brutto 14 Milliarden Euro.

(Margit Wild (SPD): 14 Milliarden Euro!)

– Das habe ich gesagt. 14.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): "17" hat er vorhin gesagt, "35" sagt die Böckler-Stiftung!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): 14 Milliarden Euro. Davon muss man abziehen, was bei der Kindergrundsicherung wegfällt, nämlich die Gegenfinanzierungsbeträge. Dann haben Sie noch einen Betrag, der zur Verhinderung der Armut darstellbar ist. Wenn man wirklich ernst machen will mit der Verhinderung von Kinderarmut, dann kann man das in Kauf nehmen. Liebe Frau Ministerin, Sie haben gesagt, unser System – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, die Zeit ist um!

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Letzter Satz.

(Widerspruch bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zwei Minuten sind zwei Minuten.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Unser System wäre erfolgreich. Ihr "Erfolg" bedeutet 15 % arme Kinder in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Sehr geehrter Herr Pfaffmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann am meisten tun, wenn man Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit bringt,

(Beifall bei der CSU)

wenn man Menschen aus dem Hartz-IV-System herausbringt. Deswegen habe ich vorhin in meinem Statement angesprochen, dass wir den ganzheitlichen Ansatz brauchen. Das praktizieren wir in Nürnberg. Das praktizieren wir in Fürth. Wir wollen das jetzt, gemeinsam mit der Regionaldirektion, auf weitere Standorte in Bayern ausweiten. Mit unseren Modellen, die wir gemacht haben und die immer noch laufen, konnten wir erreichen, dass 50 % der Menschen, die aus Hartz IV gekommen sind, eine neue Lebensperspektive erhalten haben. Damit haben auch die Kinder dieser Menschen bessere Voraussetzungen bekommen. Gleichzeitig möchte ich erwähnen, dass Menschen, die Hartz IV empfangen, keine Unkosten haben, wenn sie ihre Kinder in einen Kindergarten geben. Das wird finanziert.

Die weiteren Leistungen für Bildung und Teilhabe, die darüber hinaus aufgelegt worden sind, habe ich Ihnen vorher schon genannt. Mir ist es ein Anliegen, die Familien zu unterstützen. Wir wollen Familien, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, speziell deren Kinder, fördern, damit sie eine Zukunftsperspektive haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung der Kollegin Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Ministerin, ich möchte einmal von den vielen Zahlen wegkommen, die im Sozialhaushalt stehen, und auf die Kernfrage zurückkommen: Alle Studien, die ich kenne, kommen zu dem Ergebnis, dass vom Staat mehr Geld an Kinder aus begüterten Elternhäusern fließt, die auf der Sonnenseite des Lebens stehen, als an die Kinder aus armen Familien, also an die Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, wie Sie das vorhin gesagt haben.

Jetzt einmal unabhängig von der Gesamtsumme: Ist es Ihrer Meinung nach gerecht, dass Kinder dem Staat unterschiedlich viel wert sind, je nachdem, ob sie in einer armen oder in einer reichen Familie aufwachsen?

(Jürgen W. Heike (CSU): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Celina, eine solche Rechnung kann man doch gar nicht aufmachen. Wenn jemand langzeitarbeitslos ist oder noch nie gearbeitet hat, bekommt er Sozialleistungen. Hier ist der Staat gefordert.

Ich habe bereits Herrn Kollegen Pfaffmann gesagt, dass bei den Teilhabe- und den Bildungsleistungen nachgebessert worden ist, damit Kinder aus ärmeren Haushalten am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können und einen Platz finden. Wir sind diesbezüglich gut aufgestellt. Wir können aber in manchen Bereichen sicher noch besser werden, zum Beispiel bei der frühkindlichen Bildung. Auch bei den Ganztagschulen muss nachgebessert werden, damit die Kinder am Nachmittag gut aufgehoben sind, und die Eltern ihrer Arbeit nachgehen können.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/16139, die in namentlicher Form durchgeführt wird. Ich eröffne die Abstimmung. Dafür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.53 bis 17.58 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung und darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen, da wir jetzt eine einfache Abstimmung durchführen müssen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/16155. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen damit zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/16138. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 17.59 bis 18.02 Uhr)

Die Zeit ist um. Es wird wieder außerhalb des Sitzungssaales ausgezählt.

Ich gebe bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/16140 bis 17/16144 sowie auf den Drucksachen 17/16156 und 17/16157 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Nun gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Rehabilitierung der wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verfolgten" auf Drucksache 17/16137 bekannt: Mit Ja haben gestimmt 57, mit Nein 78, Stimmenthaltungen 4. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

(...)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Beim Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Allen Kindern in Bayern ein gutes Aufwachsen ermöglichen – Einführung einer Kindergrundsicherung", Drucksache 17/16139, haben mit Ja gestimmt 46 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 92. Stimmenthaltungen keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2017 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u. a. und Fraktion SPD; Allen Kindern in Bayern ein gutes Aufwachsen ermöglichen - Einführung einer Kindergrundsicherung (Drucksache 17/16139)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Awanger Hubert		X	
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker	X		
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bause Margarete	X		
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold			
Brannekämper Robert	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut			
Celina Kerstin	X		
Deckwerth Ilona	X		
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex			
Dünkel Norbert	X		
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard	X		
Dr. Eiling-Hüting Ute	X		
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina	X		
Felbinger Günther		X	
Flierl Alexander	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva		X	
Güll Martin	X		
Güller Harald		X	
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig		X	
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold			
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes			
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann			
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine		X	
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränze Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth		X	
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi		X	
Schmitt-Büssinger Helga			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			X
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen			
Dr. Strohmayer Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winter Georg			X
Winter Peter			X
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno			X

Gesamtsumme 46 92 0